

Schwimmer lassen nicht locker

Der Aktionskreis Pro Hallenbad warnt: Neubau nicht dem Wahlkampf opfern

Bruchköbel (pm/chs). Bruchköbels Wassersport-Freunde lassen nicht locker. In einer Pressemitteilung warnt der Aktionskreis Pro Hallenbad Bürgermeister Günter Maibach (CDU) und dessen Verwaltung davor, die vom Stadtparlament beschlossene Planung für den Neubau des Hallenbades zu verschleppen. CDU, FDP und Grüne sollten das Thema zudem nicht zu Wahlkampfzwecken missbrauchen.

„Es geht bei dem vom Parlament beschlossenen Neubau letztlich um die Frage, ob sich die Stadt Bruchköbel der Entwicklung ihrer Infrastruktur in verantwortungsvoller Weise annimmt“, so Wolfgang Reichelt, Sprecher des Aktionskreises. Das alte Hallenbad sei in absehbarer Zeit nicht mehr zuverlässig zu betreiben. Es bestehe das Risiko, dass es aus technischen Gründen ausfalle. Der Aktionskreis betont erneut den hohen Wert des Hallenbades für die Stadt. Dieses werde von zahlreichen Vereinen und Gruppen regelmäßig genutzt und werde für den Schwimmunterricht der ansässigen Schulen gebraucht. „Familien, Eltern, Jugend und Kinder bauen darauf, dass ein Bad als sozialer Faktor der Stadt auch in der Zukunft erreichbar ist“, heißt es in der Presseerklärung.

Was die angebliche Verdopplung der Zuschüsse an die Schwimmbadbetriebe auf über eine Million Euro pro Jahr angehe,

fordert der Aktionskreis den Magistrat und die drei Parteien auf, die zugrunde liegenden Berechnungen offen zu legen. Es liege noch gar keine Planung, geschweige denn eine Berechnung für eine bestimmte Schwimmbad-Variante vor. Als übertrieben sieht der Aktionskreis zudem die vom Ersten Stadtrat Uwe Ringel (Grüne) bei der jüngsten Stadtverordnetenversammlung behaupteten Kosten für diese Vorplanungen in Höhe von 200 000 Euro an. Selbstverständlich sollten nicht alle elf in Workshops erarbeiteten Varianten vorgeplant werden. Nach Meinung des Aktionskreises müsse sich der Magistrat auf eine Variante festlegen und diese solide vorplanen. Nach eigenen Recherchen des Aktionskreises seien dafür 30 000 Euro ausreichend. Der Aktionskreis weist außerdem darauf hin, dass zu erwartende Zuschüsse des Landes Hessen die zugrunde liegende Investitionssumme und damit die jährliche Belastung senken würden.

Aus Sicht des Aktionskreises wird das Thema „fahrlässig dem Wahlkampf anheim gegeben“. Die Gegenseite neige dazu, bei den Berechnungen „Horrorzahlen“ vorzulegen. Magistrat, Bürgermeister, Erster Stadtrat und städtisches Bauamt seien jedoch nicht dem Wahlkampf verpflichtet. Die Bürger erwarteten von der von ihnen bezahlten Verwaltung, dass diese ihre Pflicht erfülle und die vom Parla-

ment beschlossenen Projekte umsetze. Bruchköbeler Bürgerbund und SPD hatten bei der letzten Sitzung der Stadtverordneten vor der Kommunalwahl Ende März mit ihrer Mehrheit von nur einer Stimme beschlossen, den Magistrat mit der Planung und Finanzierungsprüfung eines Hallenbad-Neubaus zu beauftragen. Die Planungsphase, in die die Stadt damit getreten sei, ist aus Sicht des Aktionskreises entscheidend, um Zusatzkosten zu vermeiden. Dafür müsse die Stadt ein Architektenbüro sowie einen Unternehmensberater beauftragen.

Der Hallenbad-Aktionskreis verspricht, das Thema nicht mehr aus den Augen zu verlieren: „Alle Bürger, denen am Bestehen eines modernen Hallenbades gelegen ist, werden die Aktivitäten der amtlichen Stellen aufmerksam verfolgen und auch die Aussagen der Parteien daraufhin prüfen, ob mit dem Thema verantwortungsvoll umgegangen wird.“ Die Bürger würden es nicht hinnehmen, bei einem so wichtigen Projekt eine destruktive Stimmung zu verbreiten. Der Aktionskreis habe inzwischen viele Daten und Fakten – auch zu den Kosten – zusammengetragen und der Stadt wiederholt angeboten. Auf einer eigenen Internetseite könnten die Bürger diese einsehen.

> <http://sites.google.com/site/bruchkoebelhallenbad/>